



Pressekonferenz mit Westerwelle, Yang

CHINA

## Fragen verboten

Im deutschen Außenministerium hatte man bis zur letzten Minute auf eine andere Lösung gedrängt, vergebens. Gerade mal zwei Fragen waren erlaubt, als sich Außenminister Guido Westerwelle und sein chinesischer Amtskollege Yang Jiechi am vergangenen Freitag in Peking den Journalisten stellten. Eine davon klang wie vorab bestellt, ursprünglich sollten gar keine zugelassen werden. China setzt damit eine Praxis fort, die schon beim Besuch von US-Präsident Barack Obama im November zu beobachten war. Auf Wunsch von Staats- und Parteichef Hu Jintao gab es auch da nur eine „Pressebegegnung“, keine Pressekonferenz. „Keine Fragen“, hatte zuvor Regierungssprecher Ma Zhaoxu die Reporter angewiesen. Obama beugte sich den Wünschen der chinesischen Führung, genauso wie wenig später, beim EU-China-Gipfel, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Auch er durfte neben Premierminister Wen Jiabao nur eine Erklärung verlesen.

Ausländischen Journalisten wird die Berichterstattung in China seit Monaten erschwert. Visa und Arbeitserlaubnisse werden oft erst in letzter Minute erteilt, Reisen im Land gezielt behindert. Zu einseitig würden die Korrespondenten aus dem Reich der Mitte berichten, klagen Funktionäre und Parteizeitungen. Vor allem die deutschen Journalisten bewegten sich gern „in den Schattenseiten Chinas“. Die Krisenregion Tibet ist für Reporter schon lange geschlossen, nun sind es aber auch Teile der angrenzenden Provinzen Qinghai und Sichuan. Aus der westchinesischen Oasenstadt Kashgar, Heimat muslimischer Uiguren, wurden Berichtersteller in jüngster Zeit ebenso vertrieben wie aus Gebieten an der nordkoreanischen Grenze.



Polizeieinsatz gegen Journalisten 2008

Ein Schweizer Fernsichteam musste kürzlich Dreharbeiten in der südlichen Provinz Yunnan immer wieder abbrechen. „Wir konnten nur einen Bruchteil von dem filmen, was wir brauchen“, sagt Korrespondentin Barbara Lüthi, „in den Hotels überwachte uns die Polizei.“

Der „Club der Ausländischen Korrespondenten in China“ (FCCC), ein geduldeter Zusammenschluss von rund 400 in Peking akkreditierten Journalisten, beschwert sich normalerweise offiziell über solche Arbeitsbedingungen. Ende vorigen Jahres wurde er offenbar zum Sicherheitsrisiko deklariert. Die Behörden erneuerten die Arbeitserlaubnis einiger Mitglieder erst in letzter Minute. Manche Journalisten mussten sogar eine zuvor aufgesetzte Erklärung unterzeichnen, „die Sicherheit und die Souveränität Chinas“ nicht mehr zu gefährden.

Jetzt wurde das Shanghai Büro des „Stern“ sogar Opfer eines direkten Spähversuchs: Auf dem E-Mail-Account einer Mitarbeiterin landete eine Mail, Absender eine gewisse Pam Bourdon, angeblich Wirtschaftsredakteurin des „Stern“. Sie plane eine Reise nach Peking, schreibt sie, wohne im China World Hotel, recherchiere rund um den wachsenden Einfluss Chinas auf die Weltwirtschaft und benötige Hilfe bei der Organisation einiger Interviews. Die E-Mail erwies sich rasch als Fake. Die IT-Abteilung des Hamburger Verlags ermittelte, dass ein mit herkömmlichen Virenschaltern nicht identifizierbarer Schädling, mit dessen Hilfe der Rechner offenbar fernsteuerbar wird, im

Anhang der Mail versteckt war. Es war wohl ein gezielter Angriff auf das Magazin, zumal eine „Pam Bourdon“ bereits früher einschlägig bei anderen Auslandskorrespondenten in China auffällig geworden war. Die Mail-Angriffe waren so gut gemacht, dass „die Annahme nahe liegt, dass eine professionelle oder staatliche Stelle dahintersteckt“, wie „Stern“-Chefredakteur Thomas Osterkorn erklärt. In diesem Fall handle es sich, so Osterkorn, um „einen sehr ernstzunehmenden Angriff auf die Pressefreiheit“.